

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sondersitzung des
Jugendhilfeausschusses am 26.11.2009**

öffentlich

Ort: Amt für Kinder, Jugend und Familie
Konferenzraum 117
Schopenhauerstraße 4
06114 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:35 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider stimmb.Mitgl.
Frau Heike Wießner
Frau Ute Haupt
Herr René Trömel
Frau Hanna Haupt
Herr Klaus Hopfgarten
Herr Torsten Bognitz
Herr Leonhard Dölle
Frau Beate Gellert
Herr Uwe Kramer
Frau Sylvia Plättner i.V. von Frau Klotsch anwesend
Frau Helga Schubert
Frau Katja Raab
Frau Sabine Wolff
Frau Hackel i.V. für Frau Dr. Slomka
Frau Silvana Götz i.V. für Philipp Pieloth
Herr Uwe Steudel
Frau Peggy Rarrasch
Herr Ralf Berger
Frau Leonhard
Herr Friedrich i.V. für Frau Franz
Frau Ines Wahl i.V. von Herrn Privorozki
Herr Tobias Kogge
Frau Dagmar Schöps i.V. von Frau Brederlow
Frau Uta Kaupke

Entschuldigt fehlen:

Frau Antje Klotsch i.V. Frau Plättner anwesend
Frau Inés Brock
Herr Philipp Pieloth i.V. Frau Götz anwesend
Frau Schneutzer
Frau Wildner
Frau Schmied
Herr Glomski
Frau Franz i.V. Herr Friedrich anw.

Herr Privorozki i.V. Frau Wahl anw.
Frau Brederlow

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Vorstellung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie
 - 3.1. Darstellung der Zentrale (Amtsleitung und Verwaltung)
 - 3.2. Darstellung der Ressorts mit ihren Sozialräumen
 - 3.3. Zielstellungen im Aufgabenbereich des Amtes für Kinder, Jugend und Familie anhand künftiger Herausforderungen
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
7. Beantwortung von mündlichen Anfragen
8. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sondersitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte auch die Vertreter der stimmberechtigten Mitglieder der freien Träger, welche heute anwesend waren.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt sprach an, dass heute analog dem Stadtrat mal unter Mitteilungen schon einige Informationen zu wichtigen Vorlagen, welche am 03. Dezember auf der TO stehen, erfolgen werden. Dies betrifft die Gebührensatzung KITA und die Schulentwicklungsplanung.

zu 3 Vorstellung des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Frau Schöps gab Informationen zur Themenübersicht ab.

Herr Kogge informierte einleitend zum Jugendhilfeausschuss und dessen Rolle als auch zur Hintergrundgeschichte der Gründung eines solchen Ausschusses. Er unterstrich u. a. hierbei klar die Rolle dieses Ausschusses, welcher sich damit auch von den übrigen Ausschüssen des Stadtrates unterscheidet. Dies betrifft zum Einen die Struktur als auch die gesetzliche Grundlage. Eindeutig verwies er auch darauf, dass das Budget in der Jugendhilfe vom Stadtrat festgelegt wird und dort ausgehandelt werden muss. Nachträglich kann hierzu keine Reduzierung erfolgen. Der Jugendhilfeausschuss kann lediglich über die Mittelverteilung beschließen. Zu den stimmberechtigten Mitgliedern der freien Träger verwies er darauf, dass hier NICHT der Träger gewählt wurde sondern die vorgeschlagene Person. Beispiel: wechselt eine gewählte Person eines freien Trägers zu einem anderen Träger beeinträchtigt dies nicht, dass dieses Mitglied in Persona weiterhin als stimmberechtigtes Mitglied im JHA tätig ist. Die strategischen Ziele in der Jugendhilfe kann nicht allein der Jugendhilfeausschuss beschließen sondern hier macht der Stadtrat die Vorgabe. Die Realisierung der Umsetzung ist dann Sache des Jugendhilfeausschusses.

Frau Hanna Haupt dankte Herrn Kogge für dessen Ausführungen.

Herr Kogge sprach an, dass er auch bereit ist, wenn die Fraktionen hierzu Interesse signalisieren, diese Ausführungen dort auch vorzutragen.

Frau Hanna Haupt machte ebenfalls noch Ausführungen zur Zusammensetzung des JHA und wies ebenfalls auf dessen besondere Rolle gegenüber anderen Ausschüssen hin.

zu 3.1 Darstellung der Zentrale (Amtsleitung und Verwaltung)

Frau Schöps stellte die aktuelle Struktur des Amtes in einer Präsentation vor. Diese geht den Mitgliedern mit der Niederschrift zu. Frau Schöps erläuterte die Amtsleitung, das Ressort Steuerung der Jugendhilfe als auch die drei Ressorts, welche als 5 Außenstellen des Amtes in den Sozialräumen bestehen. Zum Amt gehört auch der Einrichtungsverband, zu welchem das Kinder- und Jugendschutzzentrum, das Frauenhaus und das Spielmobil gehören. Weiterhin ging sie auf die Personalstruktur und die Gesamtausgaben für die Jugendhilfe 2008 ein.

Anfrage durch ein stimmb. Mitglied (Fr. Träger) inwieweit die Seniorensozialarbeit im Zusammenhang mit der Jugendhilfe anzusehen ist.

Herr Kogge antwortete, dass es keinen zusätzlichen sozialen Dienst im Sozialamt gibt. Das Amt Kinder, Jugend und Familie vereinbart wie der Name aussagt alles und somit gehört hier auch die Seniorensozialarbeit dazu. Er wies ausdrücklich darauf hin, dass Jugendämter nicht verglichen werden können, da es hier deutschlandweit unterschiedliche Strukturen gibt. Bspw. gibt es Jugendämter, zu denen auch das BAFÖG-Amt gehört. Es können auf Grund dieser Tatsache keine direkten Vergleiche vorgenommen werden.

Frau Schöps erläuterte die zentralen Aufgabenbereiche mit seinen Schwerpunkten im Amt.

Frau Boltze (Leiterin Einrichtungsverbund) stellte die Einrichtungen im Verbund mit seinen Aufgaben vor. Sie ging ausführlicher auf das Kinder- und Jugendschutzzentrum (KJSZ) und das Frauenschutzhaus ein. Bei dem KJSZ handelt es sich um eine Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen, im Frauenschutzhaus wird eine anonyme Notaufnahme für Frauen mit Kindern geboten. Die Anonymität ist besonders zum Schutz der Frauen notwendig. Deshalb wird die Adresse auch nicht heraus gegeben und darauf geachtet, dass sich möglichst auch dienstlich keine Männer sondern nur Frauen dort aufhalten. Es gibt 1x monatlich eine Beratung von Frauen, die Gewalterfahrungen haben. Selbst diese Beratung findet außerhalb des Objektes statt und zwar im Jugendamt.

Anfrage durch ein Beratendes Mitglied, wie viel Anlaufstellen es für Kinder und Jugendliche in Form von Heimen o.ä. in Halle gibt.

Frau Boltze antwortete, dass es das Objekt in der Klosterstraße mit drei Häusern gibt. Hier ist die Anlaufstelle für Hilfesuchende Kinder und Jugendliche bzw. kommen diese auch über die Vermittlung von Sozialarbeitern dort hin. Dann wird nach weiteren Unterstützungs- und Hilfeangeboten geguckt. Die Bereitschaftspflegefamilien sind in der Stadt verteilt. Es gibt verschiedene Anlässe für eine Aufnahme, im Vordergrund steht immer der Schutz der Kinder und Jugendlichen.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) ob es weniger Kinder in Bereitschaftsfamilien gibt. Im KJSZ sind 13 Plätze vorhanden.

Herr Kogge antwortete, dass die 13 Plätze im KJSZ nicht dauerhaft durch das jeweilige Kind belegt sind sondern es sich oftmals um eine Aufnahme von 3,4 Tagen handelt. Andere Kinder sind bis zu 4 Wochen dort, dies ist unterschiedlich. Eine Prüfung erfolgt immer professionell im Einzelfall und danach entscheidet sich das weitere Vorgehen. Schwerpunkt ist es bis zum Schulalter das Kind in Bereitschaftspflege unterzubringen, wenn es das Elternhaus nicht mehr her gibt. Es findet immer eine Krisenintervention statt, hierzu gibt es dort ein Team aus professionellen Fachkräften.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) dass Bereitschaftspflege doch eine vorübergehende Angelegenheit ist.

Frau Boltze antwortete, dass dies innerhalb eines ¼ Jahres im Einzelfall abzuklären ist. Es ist vorübergehend angedacht, da angestrebt wird, dass das Kind in sein Elternhaus zurück gehen kann. Familien benötigen dann eine Anschlusshilfe.

Durch Mitglieder wurde angefragt, wie der Schutz von Männern, welche Gewalterfahrungen haben, in Halle gewährleistet wird. Es gibt kein „Männerschutzhause“.

Frau Boltze antwortete, dass es hierfür noch keine Planung gibt. Perspektivisch muss dies mit betrachtet werden, welche Angebote möglich sind. Bekannt ist ihr, dass es in Berlin ein solches Haus für Männer gibt.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde darauf hingewiesen, dass es bereits in Halle Beratungsangebote für Männer gibt, bspw. im SVJM in der Geiststraße.

Herr Kogge sprach an, dass das Frauenschutzhaus als Notstätte gedacht ist und Männer dort nichts zu suchen haben. Auch er besucht dieses Haus nicht. Anonymität ist hier sehr wichtig, insbesondere gibt es auch Probleme mit Migranten, da hier oftmals die gesamte Familie nach der Frau sucht und diese eines besonderen Schutzes bedarf.

Herr Zwakhoven erläuterte die zentralen Aufgabenbereiche im Ressort Finanzen/Kostenrechnung, Finanzierung von Kindertageseinrichtungen und Fördermittel/Finanzierung freier Träger und Verwaltung/Beschaffung und Team Rückforderung. „Verwaltung ist nichts Aufregendes aber Notwendiges“.

zu 3.2 Darstellung der Ressorts mit ihren Sozialräumen

Herr Wilhelm stellte dezentrale Aufgabenbereiche der Leistungsteams wie Wirtschaftliche Erziehungshilfe und Jugendhilfe als auch Unterhalt/Vaterschaft und Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz vor. Er benannte hier als Bsp. Fälle aus seinem Ressort Mitte-Nord-Ost.

Es wurden noch die dezentralen Aufgabenbereiche Sozialraummanagement/Kinder- und Jugendschutz als auch der sozialpädagogischen Teams des Amtes vorgestellt.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) welche Kompetenzen ein Sozialraummanager hat.

Herr Kogge antwortete, dass dieser koordinierende Aufgaben im Sozialraum hat. Er soll Verbindungsmitglied zu Schnittstellen im Sozialraum sein.

Durch das Mitglied (Fr. Träger) wurde angemerkt, dass keine bedarfsgerechte Planung der Jugendhilfe hier gesehen wird.

Frau Schöps antwortete, dass Jugendhilfe zentral für die Stadt läuft, was auch bekannt ist. Es gibt große Unterschiede in den einzelnen Sozialräumen wo es auch unterschiedlich läuft.

Durch ein Mitglied (StR) wurde angesprochen, dass Ziel in den Sozialräumen doch die Vernetzung von Kultur, Sport, Jugendhilfe und weiteren Akteuren sein sollte. Dies scheint praktisch noch nicht gut zu laufen. Sport scheint immer noch nicht dabei zu sein. Die Verwaltung wird gebeten, hierzu Zahlenmaterial an das Mitglied zu geben. Wie oft finden die Runden der Sozialraumgruppen statt; wer arbeitet aktiv dort mit und welche Ziele und Ergebnisse gibt es dort.

Die Verwaltung sicherte zu, dies aufzugreifen und zu beantworten.

Herr Kogge fragte an, welcher Sport hier gemeint ist. Vereinssport oder Sport in form Skatersportbahn. Die Vernetzung mit einzelnen Initiativgruppen klappt recht gut, partiell läuft die Zusammenarbeit mit Vereinssport gut aber nicht generell. Der Bereich kulturelle Bildung ist ein wichtiger Partner, hier geht man auf die Kita's und Jugendfreizeiteinrichtungen zu. Vieles hängt von den Akteuren und deren Beitrag der Einbringung zur Vernetzung ab.

Frau Schöps erläuterte noch die Gremienstruktur, wozu Jugendhilfeausschuss, Unterausschuss Jugendhilfeplanung aber auch die Sozialraumplanungsgruppen (SRPIgr) und Qualitätszirkel gehören.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) zu dem dargestelltem Verbindungsfeil zwischen SRPIgr und Qualitätszirkel.

Frau Schöps antwortete, dass die Qualitätszirkel nicht losgelöst betrachtet werden können. Hier muss Gemeinsames gesehen und angegangen werden.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde angesprochen, dass ein Austausch Sozialraumplanungsgruppen und Politik erfolgen sollte. Es gibt große Klärungsbedarfe. Es sollte ein Austausch der SRPIgr und Amt zwingend erfolgen. Es findet noch keine ausreichende Vernetzung zur Kultur und Sport statt. Dinge, welche gut funktionieren sollen bei behalten werden, was nicht funktioniert muss auf den Prüfstand.

Herr Kogge wies darauf hin, dass ein Austausch mit Politik bereits im Jugendhilfeausschuss statt findet, da die Schnittstelle Jugendhilfe hier der JHA ist. Er sprach an, dass heute Sondersitzung ist und dies hier kein Thema zur Diskussion ist. Sollte es um Fragen zur Sozialraumorientierung gehen, gehört dies in den Stadtrat und der JHA kann eine Empfehlung an diesen aussprechen.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde angesprochen, dass es um die Frage der Struktur in den Sozialraumplanungsgruppen geht und mit welchen Aufgaben sich diese befassen. Dies gehört in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung.

Herr Kogge sagte zu, dies so aufzunehmen und in der Verwaltung abzuklären.

Es gab eine kurze Debatte u.a. auch zu Arbeitsgruppen nach § 11 und § 78.

Herr Kogge wies hier darauf hin, dass zu den Arbeitsgruppen eine andere Form gewählt worden war als die Jahre davor. Nun ist man offensichtlich anderer Auffassung dazu.

Er ist dafür, dass offen darüber gesprochen werden sollte, aber dann mit den Geschäftsführern der freien Träger.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde angesprochen, dass die Frage der Sozialraumplanungsgruppen über Jahre Thema war. Jetzt wurde eine Diskussion angeregt, über Ergebnisse aus Zusammenkünften sollte gemeinsam gesprochen werden. Die Geschäftsordnung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung (JHPI) muss nochmals angesehen werden. Es sollte eine Zeitleiste im UA JHPI erstellt werden.

zu 3.3 Zielstellungen im Aufgabenbereich des Amtes für Kinder, Jugend und Familie anhand künftiger Herausforderungen

Dies wurde im Zusammenhang mit 3.1 und 3.2 angesprochen.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lag nichts an.

zu 6 Mitteilungen

Herr Kogge teilte mit, dass im JHA am 03.12. die Gebührensatzung für die Kindertageseinrichtungen auf der TO steht. Es wurde im Stadtrat gefordert, dass nach der Gesetzesänderung im KiFöG, in Umsetzung des § 90 SGB VIII die Verwaltung sofort reagiert und eine Gebührensatzung vorlegt. Die Verwaltung ist dieser kurzfristigen Aufforderung gefolgt.

Es muss über zwei Sachen klar geredet werden. Zum Einen über den prozentualen Anteil der Eltern an den Kosten für Krippe, Kindergarten und Hort. In der vorhergehenden Gebührensatzung gab es hier einen unterschiedlichen Anteil bei den Stunden – jetzt einen einheitlichen Prozentanteil an den Kosten. Die jetzige Gebührenkalkulation ist von 2008, mit Stand 30.06.2009 abgeschlossen. Eine prozentuale Deckung wird hier angesehen: 21% bei Krippen-, 27% bei Kita- und 20% bei Hortbetreuung. Es sollte eine Geschwisterermäßigung eingeführt werden. Aus unserer Sicht ist das jetzt der praktikabelste und ausgewogenste Vorschlag. Er hat dies jetzt in den Fraktionen vorgestellt. Erstes Kind voller Betrag, 2. Kind 20% und 3. Kind 50%. Klar ist, Eltern, die Geld haben, sollen auch zahlen. Es war immer eine Einheitsgebühr gewollt. Sozialkomponenten sollten mit rein (? 90 SGB VIII, Geschwisterermäßigung). Er warnt davor, Kita's ohne Gebühren zu wollen. Hier ist das Land gefragt und nicht die Kommune. Wenn eine kostenfreie Betreuung erfolgen soll muss auch eine kostenfreie Bildung gefordert werden. Die Satzung hat Verlierer und Gewinner. Sie ist einfach für Jeden zu verstehen und haltbar, eine Anpassung nach unten und oben ist möglich. Pro und Kontra ist immer gegeben.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass jetzt kurze Rückfragen möglich sind, aber keine Diskussion heute eröffnet werden soll. Dies erst am 03.12.09.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) inwieweit wurde berücksichtigt, dass Eltern auch bspw. eine 12-h-Betreuung benötigen.

Herr Zwakhoven antwortete, dass beim EB Kita gerade mal 13 Eltern mit einem erhöhtem Stundenbedarf angemeldet sind. Es können Stunden dazu gekauft werden, dies ist für Eltern günstiger wenn dieser Bedarfsfall da ist.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) ob zum 03.12.09 eine Beispielrechnung aufgemacht werden kann.

Herr Kogge sicherte dies zu und würde hierfür Erzieherin, 35 Jahre, 2 Kinder mit VC BAT-O; Sozialpädagogin IV b mit 1 und 2 Kindern, allein erziehend und Amtsleiter A 15, 3 Kinder, Mutter Hausfrau als Beispielrechnungen bringen lassen.
Herr Kogge bot an, dass bei Fragen diese noch an ihn und Herrn Zwakhoven gemailt werden können.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass Veränderungen in der Gebührensatzung gefordert worden waren und jetzt vorgelegt wurden.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde darum gebeten, dass die Satzung nicht rückwirkend greifen soll.

Herr Kogge sagte zu, dass dies nicht rückwirkend gemacht werden soll.

Weitere Mitteilungen durch die Verwaltung:

Herr Kogge sprach an, dass im JHA am 03.12.09 auch die Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kita 2010 als auch die Schulentwicklungsplanung auf der TO stehen. Er sprach die Situationen Hort/Schule; Situation im Süden; Situation Johanneschule und auch die Diskussion zu den Gymnasien an. Wenn mehr Anmeldungen an den durch Eltern bevorzugten Gymnasien erfolgen als Platzkapazität ist, wird es ein Losverfahren geben. Integration geht vor separater Lösung. Bei den Förderschulen wird der Trend des Landes unterstützt. In der Beschlussvorlage sind jetzt Vorschläge drin, die erst nachgereicht werden konnten. Die Zahl 5 ist hier nicht enthalten.
Die Schulentwicklung läuft parallel zur BEP, da hier Zusammenhänge bestehen. Nachgereicht werden noch die Kosten für jede Schule pro qm. Eine umfassende Information hält er für notwendig. Die Stadträte sollen wissen, wo wir als Verwaltung Schwerpunkte sehen, dazu gehören auch die BEP und die Schulentwicklung. Sozialstrukturen werden sich in den nächsten 15 Jahren verdichten, der Mensch folgt der Sozialstruktur und nicht umgedreht.

zu 7 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Gellert fragte nach dem aktuellen Stand SILVA und Arche Noah an.

Herr Kogge antwortete, dass die Arche Noah mit einem Verkaufswert beschlossen worden war. Die Umsetzung hierzu ist ihm nicht bekannt. Der Preis richtet sich nach dem Sanierungsstand, den er nicht kennt.

Frau Ute Haupt teilte zum SILVA mit, dass sie erfahren hat, dass die Nutzung für eine Hälfte klar ist (Begegnungsstätte mit Ausstellung) und für die zweite Hälfte n.n.

Frau Gellert sprach an, dass nicht ausreichend Boltzplätze zur Verfügung stehen.

Herr Kogge antwortete, dass er diese für ausreichend hält.

zu 8 **Anregungen**

Es gab keine Anregungen

Frau Hanna Haupt schloss die öffentliche Sitzung.
Sie fragte an, ob Behandlungsbedarf für den nichtöffentlichen Teil gegeben ist.
Dies wurde verneint und somit wurde die **nichtöffentliche Sitzung nicht aufgerufen**.

Gez. Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke
Protokollführerin